

II-3677 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1969/J

1988-04-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Wabl und Freunde

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

betreffend Ausbringung chemischer Pflanzenschutzmittel per Flugzeug

In jüngster Vergangenheit haben uns mehrmals Hilferufe von Bauern erreicht, insbesondere von biologischen Betrieben oder Umstellungsbetrieben, die sich durch die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln per Flugzeug in ihrer Existenz bedroht fühlen. Es ist nämlich in einzelnen Orten, die von dieser Problematik betroffen sind, schon konkret bewiesen, daß durch die extrem feine Verstäubung der Pestizidbrühe sowie durch die thermischen Luftbewegungen, besonders in der warmen Jahreszeit, ein Abdriften dieser Gifte auf die Äcker von biologisch wirtschaftenden Betrieben unvermeidlich ist.

Darüber hinaus wirft das Ausbringen von Pestiziden per Flugzeug zahllose grundsätzliche Probleme auf.

In diesem Sinne stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Wie stellt sich aus Ihrer Situation die Rechtslage im Hinblick auf das Ausbringen von Pestiziden per Flugzeug konkret dar?

Insbesondere wollen wir wissen, welche Behörde für eine Ausbringungsgenehmigung per Flugzeug zuständig ist.

2. Wir kennen einen Fall, wo der Gemeinderat einem Unternehmer die Möglichkeit geschaffen hat, chemische Pflanzenschutzmittel per Flugzeug auszubringen. Halten Sie diese Vorgangsweise für rechtlich gedeckt?
3. Welche Schritte wollen Sie setzen, um die Ausbringung von Pestiziden per Flugzeug, die ganz und gar nicht im Sinne Ihrer "ökosozialen Agrarpolitik" sein kann, zu unterbinden?

4. In der vergangenen Legislaturperiode wurde dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorgelegt, die Ultraleicht-Flugzeuge in Österreich verbieten würde. Diese Regierungsvorlage wurde nicht weiter verfolgt. Werden Sie sich, gerade im Hinblick auf eine ökosoziale Agrarpolitik, dafür einsetzen, daß die Regierungsvorlage aus der vergangenen Gesetzgebungsperiode so rasch als möglich dem Nationalrat zugeleitet wird.